

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1933

64 (1.6.1933)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-890796](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-890796)

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Leitung: F. Jirk. Druck und Verlag von E. Jirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter
Rabatt hinfällig.

Bezahl Nr. 890

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Seimat und Welt“ für den Monat 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld
Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.
Für durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen kein Einpruchsrecht

Schließjahr 17

Nr. 64

Elsfleth, Donnerstag, den 1. Juni

1938

Die Komödie von Genf

Trotz der entschiedenen wie herausfordernden Ablehnung jeglicher Abrüstung durch Frankreich verhandelt man in Genf über die Frage der allgemeinen Abrüstung weiter. Man tut es, weil die Rede des deutschen Reichskanzlers vor dem Reichstag zur Frage der Abrüstung und Gleichberechtigung die Wölfer zwingt, Farbe zu bekennen. In Wirklichkeit wissen alle in Genf Versammelten, daß die Verhandlungen ein Ergebnis verlaufen müssen, wenn ihr zwingender Schluß eine tatsächliche und fühlbare Enttarnung sein würde. Denn Frankreich will nicht abrüsten, und nach allem, was bisher bekanntgeworden ist, wird es nicht abrüsten.

Die Genfer Verhandlungen werden auf der Grundlage des englischen Planes geführt. Dieser Plan schlägt für das kontinentale Europa die Vereinheitlichung der Heeresysteme in der Form einer Verfüzung der Dienstzeit nach französischem Muster vor. Das bedeutet für Deutschland die Umwandlung des durch das Versailles-Diktat vor 13 Jahren geschaffenen Reichsheeres. In Versailles war man damals der Ansicht, dieses deutsche Berufsheer in der Stärke von 100 000 Mann ohne jegliche Reservetruppen trage keinerlei Angriffscharakter. Jetzt sind sie zu anderer Auffassung gekommen und verlangen die Festlegung der deutschen Reichswehr. Selbst zu diesem Opfer ist nach der Erklärung des Reichskanzlers Deutschland bereit, sofern man ihm zur Umwandlung seines Heeres eine Übergangszeit von fünf Jahren zubilligt. Es ist übrigens bezeichnend, daß der englische Plan den Einheitsheeresstyp lediglich für die kontinentalen Mächte vorschreibt, für sich selbst aber die Beibehaltung seines Berufsheeres mit zwölfjähriger Dienstzeit und daneben seiner freiwilligen Miliz vorseht.

Insofern bringt der englische Abrüstungsplan einen Fortschritt, als er zum ersten Male bestimmte Zahlen für die Heeresstärken der europäischen Mächte bringt. Er sieht für Deutschland ein Milizheer von 200 000 Mann vor. Das heißt zunächst wie eine große Konzession an Deutschland aus, verliert aber bei näherer Betrachtung erheblich an Wert. Stellen wir diesen 200 000 Mann einmal die Zahlen gegenüber, die der englische Plan Frankreich und seinen Verbündeten zubilligt, so ergibt sich folgendes Bild:

Frankreich	400 000 Mann
Belgien	90 000 Mann
Polen	200 000 Mann
Tschechei	100 000 Mann

Deutschland 200 000 Mann 790 000 Mann

Das bedeutet für Deutschland eine vierfache Unterlegenheit gegenüber seinen Nachbarn auf drei Fronten. In diesen vier Fronten sind aber die in der Heimat und in Uebersee bestehenden farbigen Truppen mit ihrer langen Dienstzeit nicht berücksichtigt. Frankreich besitzt also volle Freiheit, seine in Nordafrika stehenden farbigen Verbände zur Verwertung seiner Heimatkraft heranzuziehen, eine Senachrichtigung Deutschlands, die in Zahlen gar nicht auszudrücken ist. Zurzeit ist man im Effektivausgleich damit beschäftigt, die Effektivstärken der einzelnen Armeen an Hand einer besonderen Berechnungstabelle und unter Bewertung von Militärahnlich der Verbände" festzustellen. Man geht dabei von einem neu erlundenen Begriff der „Tagesdurchschnittsstärke“ aus. Diese Berechnungstabelle soll die „Effektivstärke“ der Verschiedenheit der Dienstzeit angleichen. Man legt sechs Stunden Anwesenheit eines Soldaten zum Wert gleich einem ganzen Tage. Eine Teilung der daraus sich ergebenden Zahlen durch 365 ergibt dann die „Tagesdurchschnittsstärke“.

Um ein Beispiel zu nennen: Bei einem Milizheer von 80 000 Mann und sechsmonatlicher Dienstzeit wird die Tagesdurchschnittsstärke folgendermaßen errechnet 80 000 : 183 = 25 000; d. h. ein Land, dem 50 000 Mann

365 Heereskräfte zugesprochen sind, das aber nur eine sechsmonatliche Dienstzeit hat, darf nach dem englischen Plan nur ein Heer von 25 000 Mann halten.

Nimmt dieses Land aber die einjährige Dienstzeit an, so ergibt sich folgende Berechnung: 50 000 : 365 = 50 000, d. h. bei einjähriger Dienstzeit darf die volle ihm zugewilligte Heereskräfte beibehalten werden.

Den besten Beweis für den Geist, der in Genf herrscht, liefern die hochgerüsteten Staaten sich bei der Berechnung der Polizeikräfte und militärischen Verbände geleistet. Es hat es z. B. Frankreich durchgeführt, daß seine nach vielen Sanktionen zählende militärisch ausgebildete Gendarmerie und Polizei sowie die militärisch ausgebildete Jugend nur mit 14 000 Mann angedeutet werden. Die seit Kriegsende nicht gerechnet mit der Begründung, diese Soldaten seien ja mehr Heimen im Dienst. Man weiß nicht, worüber man rechnen soll, ob über die Unverfrorenheit der französischen Rechnungsmethode oder über die französische Mentalität. Da glaubt, eine solche Berechnung dem deutschen Volk als „Gleichberechtigung“ vorlegen zu dürfen.

Andererseits hat es der französische Vertreter im Effektivausgleich festgelegt, von der deutschen Polizei 39 000 Köpfe in Anrechnung zu bringen auf die Effektivstärke des deutschen Heeres. Der deutsche Vertreter hat in einer ziemlich eindeutigen Erklärung ausdrücklich das Wollen mit zweierlei Maß bei der Berechnung der Effektivstärken festgestellt und sich vorbehalten, in der zweiten Sitzung mit entsprechenden Änderungsvorschlägen heranzutreten. Ein ähnliches Mandat wie bei der Polizei ist den Franzosen bei den Wehrverbänden zunächst nicht gefällig, doch lassen ihre Umfahrungen keinen Zweifel daran, daß auch in dieser Richtung ein neuer Vorstoß zu erwarten ist mit dem Ziel, die Effektivstärke des deutschen Heeres unter Anrechnung von Polizei und Wehrverbänden so hoch zu bemessen, daß wir trotz der im englischen Plan zugedachten 200 000 Mann in Wirklichkeit über das heutige 100 000-Mann-Heer trotz seiner Umwandlung in eine Miliz nicht hinauskommen sollen. Das Unterbleiben jeder Anrechnung aber der vierzehn Jahrgänge französischer Reservisten stellt eine derartige Ungeheuerlichkeit dar, daß hier eine grundlegende Veränderung erfolgen muß, wenn Deutschland sich überhaupt noch an einem solchen Komödienpiel beteiligen soll.

Wie bei der Effektivstärke verfährt man in gleich ungerader Weise auch bei der Bewertung und Bemessung des Kriegsmaterials. Was man den hochgerüsteten Staaten an schwerer Artillerie, Tanks und Flugabwehrwaffen als Verweidungswaffen zubilligt, gilt für Deutschland als Angriffswaffe, die es nicht führen darf. Während Frankreich seine Divigrenze immer stärker ausbaut, sieht der englische Abrüstungsplan die Beibehaltung der entmilitarisierten Zone für Deutschland vor. Ganz ungeheuerlich sind auch die Vorschläge hinsichtlich der Luftwaffe. Der MacDonald-Plan verbietet, wie es von Deutschland gefordert wird, die Militärflugerei nicht allgemein, sondern setzt nur die Zahl der Kriegsfugzeuge herunter. Deutschland allerdings bleiben Militärflugzeuge nach wie vor verboten. Frankreich darf dagegen 625, Belgien 188, Polen und die Tschechei je 250, zusammen 1313 fortbestehende Militärflugzeuge besitzen. Dazu kommen aber die nach vielen Tausenden zählenden sogenannten nichtstartbereiten Flugzeuge unserer Nachbarn, die aber nicht vernichtet, sondern in die „dotierte Reserve“ übergeführt werden sollen.

Es bedarf keiner näheren Erklärung, daß Deutschland trotz seiner grundsätzlichen Zustimmung zum englischen Plan seine Auslegung, wie sie bisher erfolgt ist, nicht annimmt. Wenn es überhaupt noch zu einer zweiten Lesung und zu einer Fortführung der Verhandlungen kommt, kann Deutschland sich weiterhin daran nur beteiligen, wenn man eine gerechte und allgemein verbindliche Abrüstung und Rüstungsausgleich vornimmt. So, wie man sich in Paris die „Abrüstung“ gedacht hat, kommen wir nicht zum Ziel. Darüber ist man sich hoffentlich in Genf trotz allem einig.

Wiermächtelpakt noch nicht fertig

An Berliner zuständigen Stelle teilt man, wie verlautet, nicht den aus London und Paris gemeldeten Optimismus, daß der Viermächtepakt unmittelbar vor seiner Paraphierung stünde. Es ist keineswegs so, daß nur noch der Reichsminister und die kleine Entente ihre Zustimmung zu geben brauchen. Nach deutscher Auffassung sind vielmehr noch diplomatische Verhandlungen über verschiedene Einzelpunkte des Paktes erforderlich.

Trotzdem muß von deutscher Seite natürlich weiterhin darauf gedrungen werden, daß die Genf Abrüstungskonferenz ihr Möglichstes tue, um die Abrüstungsfrage zum Abschluß zu bringen, ehe die Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni zusammentritt. Die Hauptfragen dürften auch so weit geklärt sein, daß ein solcher Abschluß möglich sei.

Wohin flüchtet Wien?

Dollfuß' neue Komödie.

Berlin, 31. Mai.

Wie aus Wien berichtet wird, beabsichtigt der österreichische Bundeskanzler, am Freitag nach Rom zu reisen. Den offiziellen Anlaß dieser Reise bilden, wie bei keinem unerwarteten Eintreffen in Rom vor einigen Wochen, kirchliche Angelegenheiten, und zwar diesmal die Unterzeichnung des in den letzten Wochen fertiggestellten Konkordates mit dem Vatikan.

Der eigentliche Zweck der Reise wird aber wiederum in den innerpolitischen Schwierigkeiten der Regierung Dollfuß zu suchen sein. Ein Wiener Blatt hat bereits davon gesprochen, daß der italienische Regierungschef als „schwerer Makel“ zwischen Deutschland und Österreich tätig werden soll. Ob Mussolini diese Rolle übernehmen will, ist nicht bekannt, doch steht auf alle Fälle die Absicht der gegenwärtigen Regierung fest, ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus zu einer Angelegenheit von internationaler Bedeutung zu machen.

Ein Interview des Bundeskanzlers mit der „New York Times“ zeigt, daß Dollfuß kein politisches Schicksal einfach mit der Sache der Freiheit in Europa identifiziert. Er stellt sich damit in die Reihe derjenigen, die das neue Regime in Deutschland mit Verleumdungen und Verhöhnungen verfolgen. Diese Frontstellung gegen das in Deutschland zur Macht gelangte politische und geistige Ideal wird auch dem befreundeten Ausland zu denken geben.

Die Grenzsperr

Durchführungsverordnung über den Reiseverkehr.
Berlin, 31. Mai.

Im Reichsgesetzblatt erscheint ein Gesetz der Reichsregierung über die Beschränkung der Reisen nach der Republik Österreich, ferner eine hierzu vom Reichsminister des Innern erlassene Durchführungsverordnung.

Das am 1. Juni 1933 in Kraft tretende Gesetz sieht die Erhebung einer Gebühr von 1000 Reichsmark für jede Reise vor, die ein Reichsangehöriger mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Inlande in oder durch das Gebiet der Republik Österreich unternimmt. Die Gebühr ist vor Antritt der Reise bei der zuständigen Sichtvermerkbeförde zu entrichten, welche die Entrichtung im Paß vermerkt. Auf den kleineren Grenzverkehr, soweit er durch besondere Bestimmungen für die in den Grenzgebieten anfähige Bevölkerung geregelt ist, findet das Gesetz keine Anwendung, wohl aber trifft es auch den Ausreisungsverkehr an der Grenze.

Mit Geldstrafe nicht unter 5000 Reichsmark oder mit Gefängnis werden die Reichsangehörigen bestraft, die entgegen den Vorschriften des Gesetzes oder der Durchführungsverordnung aus dem Reichsgebiet unmittelbar oder auf einem Umwege nach oder durch Österreich reisen.

Aus der gleichfalls am 1. Juni 1933 in Kraft tretenden Durchführungsverordnung ist hervorzuheben, daß der Reichsminister des Innern eine Befreiung von der Reisegebühr nur für folgende Personengruppen zugelassen hat: selbständige Gewerbetreibende und deren Angehörige, denen die zuständige Ortspolizeibehörde nach Anhörung der zuständigen Berufsvertretung (Handelskammer usw.) bescheinigt, daß es sich um eine geschäftlich notwendige Reise handelt; Personen, die mit Rücksicht auf ihre dienstliche Tätigkeit oder in Ausübung bestimmter Berufe die Grenze nach Österreich überschreiten müssen (Beamte bei Dienstreisen, Eisenbahn-, Zoll-, Post- und Polizeibeamte). Das Personal von Schiffsahrts-, Luftverkehrs- und Kraftwagenunternehmungen sowie von Schlafwagen- und Speisewagen-gesellschaften, in gewerksmäßiger Schiffsahrt oder Fischerei tätige Personen, schließlich Arbeitnehmer, die sich zur Arbeitsaufnahme oder zur Erfüllung eines Dienst- oder Werbetrages nach Österreich oder über Österreich in das Ausland begeben. Die Durchführungsverordnung bestimmt ferner, daß für die Erhebung der Reisegebühr und für die Enttragung der erforderlichen Vermerke (Entrichtungsvermerke, Verreisungsvermerke) im dem Paß in erster Linie die Sichtvermerkbeförde im Inlande zuständig ist, in deren Bezirk der Reisende seinen Wohnsitz, seinen ständigen Aufenthalt, oder eine gewerbliche Niederlassung hat.

Neben den Besonderen Vermerken für Reisen nach und durch Österreich ist im Einzelfalle die Beschaffung des für Reichsangehörige bei Auslandsreisen erforderlichen Ausreisungsvermerks notwendig.

Wählerarbeit des Bolschewismus

Die Rolle Trotski's. — Zerfetzungsquartier im Kirchenhaus.
Berlin, 31. Mai.

Gelegentlich einer Veranstaltung der Gesellschaft „Nationaler Bildbänddienst“ in Berlin brachte der Leiter der nationalen Abwehristelle gegen kommunistische Umtriebe, Walter Korodi, sensationelles Material über kommunistische Umtriebe zur Kenntnis, das in einem Bildband „Brandstiftung über Deutschland“ Verwendung finden soll.

Bei der Durchsiedung einer durch Zufall als Eigentum des bisherigen kommunistischen Abg. Grylewicz ermittelten Laube wurde Beweismaterial dafür gefunden, daß Leo Trotski nicht als armer aus seinem Vaterland verbannter kranker Mann in Istanbul lebte, sondern daß er von Stambul aus als das Haupt der antisowjetischen Einheitsfront aktiv tätig war und den deutschen Kommunisten sorgfältig Anweisungen über Vorbereitung und Durchführung des Bürgerkrieges in Deutschland erteilte. Besonders aufsehenerregend wirkt eine weitere Entfaltung, daß in einem Gebäudekomplex in Berlin, der der evangelischen Kirche gehört und in dem sich auch eine Kirche befindet, jahrelanglang erst Karl Liebknecht und dann der spätere kommunistische Reichstagsabgeordnete Pfemfert ein bolschewistisches Zerfetzungsquartier unterhielten.

Durch Wamranlagen stand dieses Quartier in unmittelbarer Verbindung mit einem 10 Häuser weiter gelegenen Keller, der als Lager und Ausgabebüro für die Zerfetzungschriften diente. Pfemfert, der nach Marienbad geflüchtet ist, hat von diesem evangelischen Kirchenhause aus nicht nur während des Weltkrieges seit 1914 Versuche zur Zerfetzung der deutschen Armee unternommen, sondern er hat auch von dort aus nachweislich Verbindung mit kommunistischen Organisationen in anderen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, unterhalten.

Ursachen der Krise

Reichsbankpräsident Dr. Schacht zum Transferproblem.
Berlin, 30. Mai.

In den Räumen der Reichsbank haben unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die Transfer-Besprechungen begonnen. An ihnen nahmen Vertreter sowohl der ausländischen Gläubiger kurzfristiger deutscher Kredite als auch Emissionsbäuer für die langfristigen deutschen Auslandsanleihen teil, und zwar aus sechs Ländern, nämlich Amerika, England, Frankreich, Schweden, Holland und der Schweiz.

Die Transfer-Besprechungen sind von der Reichsbank aufgenommen worden, um die Vertreter der Auslands-gläubiger über die deutsche Devisenlage, die sich infolge der rückgängigen Tendenz des deutschen Außenhandels und des daraus folgenden geringeren Anfalls von Exportüberschüssen dauernd verschlechtert hat, aufzuklären und die Möglichkeiten zur Beseitigung der sich aus der deutschen Devisensituation ergebenden Transfereschwierigkeiten zu erörtern. In unterrichteten Kreisen rechnet man für diese Besprechungen mit einer Dauer von einigen Tagen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht eröffnete die Transferzusammenkunft mit einer Ansprache, in der er ausführlich darlegte, wie es zu der Transferkrise kam, die ihre letzte Ursache in den Reparationen habe. Die ausländische Kreditgewährung an Deutschland nach der Stabilisierung habe die Wiederauffüllung der Rohstofflager, den Wiederaufbau der Exportorganisation und die Vergrößerung der Gold- und Devisendeckel der Reichsbank ermöglicht. Die Tatsache, daß die Auslandskredite größtenteils in Form von Waren nach Deutschland hereinkommen, kam im Gegensatz zu den Bestrebungen der Reparationspolitiker, daß Deutschland immerfort seine Reparationslast durch einen verstärkten Warenexport abdecken sollte.

Da sich das Ausland gegen den Export sträubte, sei nichts anderes übrig geblieben, als die Auslandskredite zu Reparationszahlungen zu verwenden. Dies an sich völlig verfehlte System brach nach dem amerikanischen Ostbruch 1929 zusammen.

Der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt gab dann den Anstoß zur direkten Katastrophe, zur Kündigung der kurzfristigen Auslandskredite und zur Einführung der Devisenwangswirtschaft. Die Stillhalteabkommen hätten aber, so führte Dr. Schacht weiter aus, die Beendigung der Katastrophe nur verzögert.

Seit der Amerikakrise seien über 10 Milliarden RM an Kapital und Zinsen aus Deutschland abgeflossen. Die Devisenwangswirtschaft habe zu einer völligen Abmilderung des gesamten Handels und damit zu einer weiteren Verringerung der Devisenbestände geführt. Es sei nicht Aufgabe der Reichsbank, ihre Devisen- und Goldreserven zur Erhaltung mehr oder minder langfristiger Schulden der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Eine solche Politik mache das zentrale Notenbankinstitut handlungsunfähig. Der übermäßige Transfer habe die Reichsbank außer Gefecht gesetzt. Sie könne, obwohl sie die Markt durch die Devisenwangswirtschaft stabil halte, wegen ihres Mangels an Gold- und Devisenreserven den Geld- und Devisenmarkt nicht regulieren. Eine mandrierunfähige Notenbank liefere aber — dies sei die schlimmste Wirkung der ganzen Entwicklung — ein Land jeden Zufall aus. Dr. Schacht wies zum Schluß darauf hin, daß nach Abzug des am 1. Juli fälligen Goldbestandskredit der Reichsbankreserve unter 300 Millionen gesunken, die Deckung mithin auf 8 Prozent gefallen ist. Es bestehe Gefahr, daß die Reichsbankreserve auf null zusammenschumpfe. Dr. Schacht schloß:

„Wenn wir die Dinge weiterlaufen lassen, kommt die Reichsbank in Gefahr, den Verkauf von Reichsmark im Ausland nicht mehr verhindern zu können, d. h. wir kommen mit Siderheit in ein offizielles Desagio der Reichsmark hinein und erleben eine neue Entwertung der Reichsmark, die eine noch größere Katastrophe bedeuten würde, als die von 1923, eine Katastrophe, die die Reichsbank weder zu verantworten gewillt oder in der Lage ist.“

Probleme der Weltwirtschaft

Amerikas Haltung noch nicht festgelegt.

Washington, 31. Mai.
Präsident Roosevelt hielt mit vier Mitgliedern der amerikanischen Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz eine



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Der Herr begriff, daß sein schönes Gegenüber keine Unterhaltung wünschte. So vergab er sich wieder hinter seiner Zeitung, die fremde Titel in französischer Schrift zeigte, und las. Aber immer wieder zwischen seiner Zeilure musterte er verfohlen das süße, zarte Gesichtchen mit den träumerischen Augen und bedauerte im Stillen, daß das halbe Licht im Winkel ihn hinderte, die Schönheit dieses Mädchens vollkommen zu erkennen.

Als Vore um die Abendbrotzeit sich erhob, um den Speisewagen zur Einnahme eines kleinen Amblasses aufzusuchen, tat der Herr ihr gegenüber, als bemerke er ihr Aufstehen nicht.

Raum aber war Vore aus dem Winkel heraus und nach der Richtung des Speisewagens verschwunden, da erhob sich auch der Herr eilfertig, warf einen Blick an sich herunter und ging dann, seinen eleganten, dunkelgrauen Anzug und die Kravatte zurechtlegend, Vore nach.

Vore sah an einem kleinen Tisch am Fenster allein. Die gelbverfärbte Tischlampe warf einen milden, roßigen Schein auf ihr gesenktes Antlitz und das Haar, das jetzt beinahe kupferfarben angeklänge.

Sah, im hellen Licht, sah man erst Lores vollkommen, ruhende Schönheit. Und vieler Augen in dem Speisewagen waren auf sie gerichtet.

Vore von Hunius bemerkte es nicht. Sie machte ruhig eine Bestellung bei dem Kellner, der mit der Speisefarte neben ihr stand. Und erst, als mit einem gemurmerten „Bardon!“ der Herr aus ihrem Winkel ihr gegenüber Platz nahm, sah sie auf.

Während ihr Gegenüber nun seinerseits aus der Karte Speisen und Getränke auswählte, hörte Vore, daß er mit

mehrfachstündige Konferenz über die endgültigen Instruktionen ab. Man kam jedoch zu keinem abschließenden Ergebnis, da besonders die technische Behandlung der Zollfrage größere Schwierigkeiten macht. Während Staatssekretär Hull den Standpunkt vertritt, daß die Zölle gesenkt und die Währungen stabilisiert werden müssen und daß keine Stabilisierung der Devisenkurve möglich ist, wenn nicht gleichzeitig die Beschränkungen des Welthandels beseitigt werden, sind andere Politiker der Ansicht, daß eine Beseitigung der einheimischen Wirtschaft die wesentliche Voraussetzung für die Hebung der Kaufkraft und damit die Förderung des Welt-handels sei.

Sie weisen darauf hin, daß das zurzeit dem Kongreß vorliegende Reformprogramm, das auf eine Festlegung der Löhne und der Preise hinausläuft und außerdem die Produktion in bestimmten Grenzen halten will, natürlich nur dann wirkungslos sein könnte, wenn der einheimische Fabrikant gegen ausländische Preisdrückerei durch entsprechend hohe Zölle geschützt werde. Sie verlangen ferner, daß die Importeure ebenso lizenzpflichtig gemacht werden, wie die Fabrikanten im Inland; nach ihrer Meinung brauche Roose-velt den Kongreß nicht um besondere Ermächtigung zur Zolländerung zu erlangen, da er schon jetzt berechtigt sei, alle Zölle unter Zurücklegung der Herstellungskosten hier und im Ausland um 50 Prozent zu senken oder zu erhöhen.

Staatssekretär Hull und seine Kollegen reisen am heutigen Mittwoch über New York nach London, also bevor der Kongreß seiner Sondertagung beendigt und sein letztes Wort in den Fragen der Genfer und der Londoner Konferenzen gesprochen hat. Präsident Roosevelt hofft, daß der Kongreß sich am 10. Juni vertagt, damit nicht die Londoner Konferenz durch die Washingtoner Debatten erschwert wird. Er erwägt zurzeit, ob es sich angeht, die Ermächtigung zum Abschluß von Zollverträgen zu erwidern, oder ob er sich mit der vorerwähnten allgemeinen Ermächtigung begnügen soll. Er erwägt ferner, ob er versuchen soll, den Auswärtigen Ausschuß des Bundes senats zur Sinnesänderung in der Frage der Waffensperre zu bewegen. Sowohl Roosevelt wie Hull betrachten die Ausschuss-Fassung, wonach die Waffensperre gegen beide Teilnehmer an einem Kriege gerichtet werden soll, als in Genf von Norman Davis zugelagten Aufgabe der amerikanischen Neutralität im Falle eines Angriffsstrieges widersprechend. Weder hierin noch in der Zollfrage steht also Endgültiges fest. Auch die Frage der Kriegs-schulden bleibt ungeklärt.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat die Gesetzesvorlage über die offizielle Aufgabe des Goldstandards mit 283 gegen 57 Stimmen angenommen.

Die englische Schuldenrate

Nach einer Meldung des „Herold Tribune“ soll Großbritannien von den Vereinigten Staaten dahin unterrichtet worden sein, daß Amerika bereit sei, am 15. Juni anstatt der fälligen 75 Millionen Dollar eine Schuldenrate von 10 Millionen Dollar entgegenzunehmen.

Das Blatt berichtet weiter, auch die anderen Schuldner-länder, einschließlich Frankreich, hätten entsprechende Mitteilungen erhalten.

Ständerecht und Staatsbürgerrecht

Die kommenden Ständegerichte.

Kaiserlautern, 31. Mai.

Auf der Gauamtsabfertigung der NSDAP. Rhein-pfalz sprach u. a. auch der Vertreter der Reichsleitung Schmeier, der u. a. interessante Ausführungen über die kommenden Ständegerichte machte, die durch ein demnächst zu erwartendes Gesetz eingeleitet werden würden. Ihre Aufgabe bestehe darin, Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unteruchen, wirtschaftliche Maßnahmen der Betriebe zu überprüfen und bei ungerechtfertigten Preis-spannungen, Lohnfälligungen usw. mit den stärksten Mitteln vorzugehen. Der Redner fuhr fort, das Mittel, das die Regierung damit in der Hand hat, ist folgendes:

„Wir wollen das neue Staatsbürgerrecht davon abhängig machen, daß jedermann in irgendeinem Stände tätig ist. Wird einem Deutschen wegen schwerer Verfehlungen durch

dem Kellner französisch sprach. Sein Gesicht hatte aber nichts Französisches. Es war farblos. Unwillkürlich mußte Vore wieder an einen Fisch denken.

Sie konnte sich nicht helfen: der Mann ihr gegenüber stöhnte ihr eine gewisse Antipathie ein, obwohl er mit äußerster Fleißigkeit ihr den Vorkost herüberreichte, das Salz, den Pfeffer und auf alle mögliche Weise es versuchte, mit ihr ins Gespräch zu kommen. Schließlich konnte sie es doch nicht über sich gewinnen, so vollkommen abweisend und unfreundlich zu erscheinen, und sie ließ sich in eine Unterhaltung ein. Ihr Tischnachbar erwies sich als ein Mann, der die ganze Welt zu kennen schien; er sprach wirklich interessant von Reisen auf dem europäischen Kontinent wie von überseeischen Ländern — ohne daß es Vore klar wurde, was für einen Verurs er wohl haben konnte. Ohne daß sie es wollte, wurde sie lebhafter, denn die weite Welt, die sie bisher noch nicht kannte, war immer etwas gewesen, was sie aufs höchste gereizt und gelockt hatte. Obi hatte sie zu ihrer Freundin Lind Vindermann gesagt: „Sagt, wenn ich kein Mädel wäre, sondern ein Junge, ich ginge hinaus in die Welt, dort, wo sie noch einfach und unerforscht ist. Das wäre etwas für mich: neue Länder entdecken, Forschungsreisen mitmachen — aber ich bin ja ein Mädel und darf so etwas nur träumen.“

Lebhaft sagte sie jetzt: „Das muß beneidenswert sein, so in die schöne Welt hinauszutreten. Leider sind uns ja jetzt, seitdem wir ein armes Volk sind, die Flügel beschneitten. Wenn es noch wäre wie früher — hier saßte sie leicht auf —, dann hätte mich nichts in der Enge, dann würde ich hinausgehen, um die fremde Welt und fremde Erdteile zu sehen.“

„Nun“, meinte der fremde Herr lächelnd, und seine vorstehenden Augen tasteten gleichsam Lores Gesicht ab, „vielleicht ist das auch heutzutage noch möglich.“

Vore lachte unwillkürlich auf.

„Das ist unmöglich!“ meinte sie. „Mein Lebensweg ist mir schon ganz genau und ganz eng vorgezeichnet.“

das Ständegericht das Ständerecht aberkannt. So geht es gleichzeitig des Staatsbürgerrechts verlustig. Die national-sozialistische Regierung wird jedoch keinen innerhalb der Reichsgrenzen dulden, der nicht das Staatsbürgerrecht besitzt.“

Aufhebung der Beamtenvertretungen

Berlin, 31. Mai.

Der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern Göring hat zugleich im Namen sämtlicher Staatsminister durch Rundschreiben die Aufhebung der Beamtenvertretungen für sämtliche Zweige der preussischen Staatsverwaltung angeordnet.

Im einzelnen wird in dem Erlass unter anderem folgendes ausgeführt: Auf Grund eines Beschlusses des preussischen Staatsministeriums vom 24. 3. 1919 sind bei den einzelnen Behörden Beamtenausschüsse errichtet worden, denen es insbesondere obliegt, als Vertrauensorgan der Beamten deren Interessen zu vertreten. An dem neuen, durch die nationale Revolution geschaffenen Staat ist für eine Beteiligung solcher Beamtenausschüsse kein Raum mehr. Die Beamtenausschüsse sind und müssen dessen gewiß sein, daß auch ohne ihre Tätigkeit eine Mitwirkung der Leiter der einzelnen Behörden volles Verständnis für die wirtschaftliche Lage der einzelnen Beamten haben. Im heutigen Staat bestände ein Gegenatz zwischen der Beamtenchaft und den Leitern der Behörden nicht mehr, so daß es einer Einrichtung zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen beiden, wie sie die Beamtenausschüsse darstellen sollten, nicht mehr bedarf. Aus der Gleichheit der beiderseitigen Interessen ergibt sich weiter, daß es einer gemeinsamen Vertretung von Interessen der Beamtenchaft gegenüber den Leitern der Behörden oder der Regierung nicht mehr bedarf.

Die Aufgaben der Kirche

Der Reichsbischof über seine Aufgaben.

Berlin, 31. Mai.

Der neue Reichsbischof von Bodeleschwing äußerte sich bei einem Presseempfang über seine Aufgaben und Pläne. Die Kirche solle die Sprache unserer Zeit reden, sie solle dienen, zum Kampf und wenn es sein müsse auch zum Feind bereit sein. Es müsse eine Verbindung zwischen Wort und Tat gefunden werden.

Um übrigen werde er dafür sorgen, daß rüchstandslos Sauberkeit im kirchlichen Leben einsetze. Er sei entschlossen, allen Kreisen in der evangelischen Kirche, vor allem auch der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ die brüderliche Hand zu reichen.

Juristische Prüfung der Bisthofsfrage

Zur Klärung der Glaubensbewegung Deutsche Christen wird mitgeteilt, daß die Auffassung der hinter dem Rapler-Ausschuß stehenden Kreise, daß der Rapler-Ausschuß ohne weiteres ermächtigt gemein sei, mit Zustimmung eines Teiles der geistlichen Vertreter der Landeskirche den Papst von Bodeleschwing als Reichsbischof aufzurufen, in dieser Form nicht zutreffend sei. Vielmehr sei die Frage, ob die Ermächtigung des Rapler-Ausschusses und der führenden Mitglieder der Kirchenregierung derart weitgeht, vielfach bestritten. Die Rechtsgrundlage dieser Frage werde zurzeit eingehend geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung werde bereits in den nächsten Tagen vorliegen.

Das Bauernhochschulwert

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat zur Unterstützung der Bauernhochschulen namhafte Reichsmittel zur Verfügung gestellt. Um die Einseitigkeit der Schulungsarbeit und eine zureichende Verwendung der Beihilfe sicherzustellen, ist von den verschiedenen Bauernhochschulverbänden eine Reichsarbeitsgemeinschaft „Deutsche Bauernhochschule“ gegründet worden. Die Deutsche Bauernhochschule wird in Zukunft nach bestimmten Richtlinien arbeiten, die gemeinsam vom Reichsernährungsministerium, dem preussischen Kultusministerium und den Bauernhochschulen festgelegt wurden.

Der Führerbandrat hat in der Angelegenheit der Position Verheim einen Vorschlag des kirchlichen Berichterstatters auf Einlegung eines Juristenausschusses angenommen. Der deutsche Vertreter enthielt sich der Stimme.

Aber als der unbekante Herr schnell fragte: „Und wie ist dieser Lebensweg, meine Gnädigste?“, da verparnt Lore. Sie hatte sich viel zu lange mit diesem unbekannten Namen beschäftigt, der ihr ja eigentlich gar nicht sympathisch war. Es war Zeit, das Gespräch zu beenden.

„Das dürfte Sie kaum interessieren“, meinte sie lächelnd abschließend und winkte dem Kellner, um zu zahlen. „Trinken Sie nicht noch eine Tasse Kaffee, Gnädigste?“ bat der Herr. „Und darf ich Ihnen eine Zigarette offerieren?“

„Danke vielmals!“ gab Lore zur Antwort. „Ich bin fertig. Und außerdem bin ich so altmodisch, daß ich nicht einmal rauche. Aber lassen Sie sich nicht fieren!“

Und sie erhob sich mit einem leichten Grun. Der Herr sah ihr mit einem abschätzenden Blick nach. Ein auffallend schönes Mädchen, dachte er bei sich. Diese Haltung, dieser Gang — und dieses Gesicht: wirklich eine Schönheit! Er zog ein Photo aus der Tasche und verglich es mit der süßen, lieblichen Erscheinung Lores. Gedankenvoll sah er vor sich hin.

Man mußte in Erfahrung bringen, wo bin die schöne Unbekannte sich wandte. Dafür durfte man sie durch weitere Unterhaltung nicht kopfdrehen machen.

Für den Rest der Fahrt ließ der Mitreisende Lore von Hunius ganz in Ruhe. Er hatte sich wieder hinter seinen ausländischen Zeitungen und Zeitschriften verschauelt und kam nicht wieder hervor, ehe nicht die ersten Lichter der Vororte Berlins antündigten.

Aber er verstand es so einzurichten, daß er unmittelbar hinter Lore aus dem Zuge stieg und ihre Verpackung mit einem eleganten, jungen Manne beobachten konnte, der Spuren unverkennbarer Neugierde mit dem schönen, jungen Mädchen trug. Jedoch trotz aller Mühe gelang es ihm nicht, in dem Gevirk und in dem Durcheinander, das sich bei der Ankunft eines Zuges abspielt, Vore weiter in Auge zu behalten. Er sah gerade noch ihren braunen Mantel neben dem dunklen Ulfen des Herrn auf einer der Treppen. Dann war sie ihm aus den Augen verschwunden. (Fortsetzung folgt.)

Gegen jede Vertragsrevision

Kleine Entente zum Viererpakt

Prag, 31. Mai.

Der Ständige Rat der Kleinen Entente ist gestern hier für drei Tage berechnete Besprechung zu dem Zweck getreten. Ueber die Sitzung wurde ein Kom-munique ausgegeben, in dem u. a. zu dem Viererpakt Stellung genommen wird.

Zum Viererpakt wird darauf hingewiesen, daß die neue den Außenministern der Staaten der Kleinen Entente mitgeteilte Vertragssticht zum Memorandum der französischen Regierung vom 10. April d. J. übereinstimmt, in dem der Grundgedanke ausgesprochen ist, daß der Pakt sich nur auf Fragen beziehen könne, die ausschließlich die Signaturmächte betreffen.

Die Außenminister der Kleinen Entente, so heißt es weiter, nahmen die Versicherung der Vertreter der Weismächte zur Kenntnis, daß die Kompetenz des Völkerrechts durch Aktionen der Signatarmächte nicht berührt werde. Die Staaten der Kleinen Entente seien von der französischen Regierung formelle Garantien gegeben, daß alle Beschlüsse einer Revision der Friedensverträge hingenommen werden. Deshalb könne der Viererpakt nicht auf eine Revision der Grenzen der Staaten der Kleinen Entente hinauslaufen.

Die drei Außenminister seien überzeugt, daß die Genfer Verhandlungen zu positiven Ergebnissen führen werden. Sie nahmen den Plan der britischen Regierung als Grundlage für die Verhandlungen an. Mit Genehmigung bezeichneten sie den Beitrag Präsident Roosevelts zur Idee der Sicherheit.

Dadurch, daß die Vertreter der Kleinen Entente den Grundgedanken der Vereinhaltung der kontinentalen Armeen und den Grundgedanken der Herabsetzung des Rüstungsmaterials anerkennen, sei ihre Zustimmung zum Prinzip der Gleichberechtigung gegeben, die etappenweise und im Rahmen der Sicherheit für alle Nationen verwirklicht werden müsse.

Marin attackiert den Viererpakt

Paris, 31. Mai.

Einen heftigen Vorstoß gegen den Viererpakt unternahm in der gestrigen Abend Sitzung der Kammer der Abgeordneten Louis Marin anläßlich der neuerlichen Budgetdebatte, wobei er von einer Entfesselung Frankreichs bei den Viererpaktverhandlungen sprach. Sein fraktionsgenossene Abgeordnete unterstützte die Attacke mit dem Hinweis, daß der Viererpakt trotz aller Veränderungen als Vertragsrevision abstehe, Frankreich aber zur Kleinen Entente und Völkern stehen müsse.

Ministerpräsident Daladier verwies in seiner Antwort auf die Erklärung vom 6. April, wonach der Abschluß der Abkommen die Kammer gehört werden solle. Die Kammer habe doch gewiß nicht daran gedacht, daß Frankreich auf ein Angebot, das man ihm mache, immer nur mit Nein antworten könne. Frankreich habe keine seiner Rechte preisgegeben.

Gegen jüdische Professoren

Demonstrationen an der deutschen Universität in Prag

Prag, 31. Mai.

Am 30. Mai, dem heutigen Tag, demonstrierten die nationalsozialistischen und andere rechtsextremistische Hochschüler der juristischen Fakultät gegen die geplante Berufung des in Deutschland seines Amtes enthobenen Staatsrechtslehrers Kelsen.

Ferner zeigte sich nach Beginn der Vorlesung des staatswissenschaftlichen Professors Dr. Weiz in Weißaufer ein. Die Demonstranten riefen im Schreihor u. a.: Fort nach Moskau! — Niemals Kelsen — Fort mit den jüdischen Universitätsprofessoren. Zu Sätzlichkeiten ist es nicht gekommen.

Doch Selbstmord

London, 31. Mai. Wie Reuters aus Aleppo meldet, hat die Abduktion der Leiche Marga von Eghdors ergeben, daß tatsächlich Selbstmord vorliegt. Die Ursache für den Selbstmord konnte nicht ermittelt werden. Die Leiche der 17-jährigen Fliegerin wird nach Berlin übergeführt werden.

Goebbels Besuch in Rom

Rom, 31. Mai. Reichsminister Dr. Goebbels hat am gestrigen Laufe des Nachmittag mehrere faschistischen Verbänden und Einrichtungen einen Besuch abgeleistet. Die Besichtigung galt besonders dem italienischen Futurismus, dem Goethehaus und dem italienischen Institut für germanische Studien.

Ferner hatte der Reichsminister eine lange Unterredung mit dem Generalsekretär der faschistischen Partei, Starace, dem er ein in Leder gebundenes Exemplar von Hitler's „Mein Kampf“ überreichte. Nach dem Besuch wurden Goebbels im Hof und auf der Straße von Jungfaschisten begrüßt. Die Besichtigung wurde durch eine Gruppe von Jungfaschisten unterhalten, in der Dr. Goebbels nach vollem Beistimmen des Befallsführers einige Zeit in ehrfürchtigen und ergreifenden Schweigen verweilte.

Der Anhangzwang bei Fettverwendung

Berlin, 31. Mai. In einer amtlichen Verlautbarung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß Väter und Mütter verpflichtet sind, durch besonderen Anhang Zwangsbeschlüsse zu machen, welche Fette in ihrem Haushalt verwendet werden. Zur Durchführung dieser Beschlüsse steht vom 31. Mai 1933 ab eine verpflichtende Kontrolle der in Frage kommenden Verbraucher ein. Der einer der Bestimmungen hinsichtlich der Fette zwangsweise handelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft. Die Beschlüsse werden durch die Durchführung dieser Kennzeichnungsspflicht mit Auswirkungen. Verträge werden zweckmäßigerweise sofort der nächsten Polizeibehörde mitzuteilen.

Hindenburg-Anekdoten

Hindenburg war als junger Offizier dafür bekannt, daß er bei allen Festigungen außerordentlich gut abschnitt. Es „flutschte“ immer, und Hindenburg hatte deshalb fast bei jedem hohen Vorgesetzten einen Stein im Brett. Ebenfalls aber war er bekannt dafür, daß er nicht gern ein Blatt vor den Mund nahm.

Als er Bataillonskommandant war, fragte ihn einmal ein Kompagniechef, der Hauptmann v. R., ein wenig beliebter Mann, in vorgedruckter Stunde gelegentlich eines Liebesmahls:

„Herr Major, sagen Sie mir nur, woher es kommt, daß Sie bei jeder Kritik den Vogel abschießen und Ihnen bei Festigungen keine etwas anhaben kann?“

Hindenburg drückte etwas und wollte nicht mit der Sprache heraus. Endlich meinte er lachend: „Geschäftsgeheimnis!“

„Aber Herr Major!“

„Es sind persönliche Dinge, und ich weiß nicht, ob es Ihnen nicht unangenehm ist und Sie es mir nicht übernehme, wenn ich es wirklich sage!“

„Aber bestimmt nicht, Herr Major“, drängte der Hauptmann v. R. weiter.

„Nun gut! Vor jeder Inspektion rufe ich meine Leute zusammen — und sage ihnen: Kerls, wenn ihr euch nicht zusammenreißt, irgend etwas nicht klappt, dann muß ich gehen, und ihr bekommt den Hauptmann v. R. als Kommandeur — und das wirkt immer Wunder!“

Hauptmann v. R. soll diese Erzählung nicht sehr begeistert haben.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Gesfletch, den 1. Juni 1933

Tages-Beiger

O-Ausgang: 4 Uhr 10 Min. O-Allerengang: 8 Uhr 39 Min.

Schwarzwasser:

7.30 Uhr Vorm. — 7.40 Uhr Nachm.

2. Juni: 8.20 Uhr Vorm. — 8.40 Uhr Nachm.

* Am Dienstag früh machten die Schüler der Seefahrtsschule in Begleitung ihrer Lehrer zwecks praktischer Beobachtungen mit dem Lohndampfer „Müstringen“ aus Wilhelmshaven eine Fahrt in See. Der Dampfer kehrte nachmittags zurück und fuhr um 5 Uhr nach Wilhelmshaven ab.

* In der vorgeschriebenen Hauptversammlung des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz wurde beschlossen, daß der Verein seine frühere Unterstützungsarbeit aufhöre. In Zukunft wird die NS-Frauenfront diese Arbeit übernehmen. Der Verein beabsichtigt, sich in der Ausbildung von Sanitätserinnen zu betätigen. Nach einer Mitteilung der Reichsleiterin der NS-Frauenfront ist es möglich, beiden Organisationen anzugehören. Beide sind der Deutschen Frauenfront angeschlossen. Frau Spille, die sich immer sehr für den Verein einsetzte, hat das Amt der 1. Vorsitzenden niedergelegt. In Anerkennung ihrer legendären Arbeit wurde sie zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Frau Knabbe wurde zur 1. Vorsitzenden gewählt. Da nach dem 8. Juni neue Richtlinien für die Tätigkeit des Roten Kreuzes herauskommen, wird der Verein dann weitere Beschlüsse über die von ihm zu leistende Ausbildungsarbeit fassen müssen.

* Am 28. d. M. wurde in der Friseur-Verwaltung in Brale (Masthale) der bisherige freie Verein selbständiger Friseure aufgelöst und umgewandelt. Anwesend waren 26 Kollegen, darunter Vertreter von Nordenham und Gesfletch. Der neuen Zeit Rechnung tragend, wurde einstimmig beschlossen, die neue Verbindung einschließlich Nordenham und Gesfletch künftig „Vereinigte selbständige Damen- und Herrenfriseurer im Westermarsch“ (freie Innung) zu benennen. Der Vorstand wurde einstimmig gewählt. 1. Vorsitzender Otto Weltkamm, Schwei, 2. Vorsitzender Otto Vogel, Nordenham, Schriftführer Otto Maslak, Brale, Kassierer Hermann Thieden, Brale. Der neue Vorstand setzt sich zur Aufgabe, in der Hauptsache die Schmutzkonturen und die Schwarzarbeit zu bekämpfen. Eine Hauptversammlung findet am 11. Juni in Nordenham statt.

* Geldlotterie um Zwede der Arbeitsbeschaffung. Das Ministerium des Innern hat für das Gebiet des Freistaates Oldenburg den Vertrieb von Losen der vom Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein e. V. in Münden für Zwecke der Arbeitsbeschaffung veranstalteten Geldlotterie genehmigt.

* Postverkehr zu Pfingsten. Postkarten. Gedruckte einfache Pfingstkarten, die in Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen und ohne Umschlag versandt werden, werden zu ermäßigter Gebühr befördert. In diesen Karten dürfen außer den Absenderangaben (Absendungsart, Name, Stand Wohnort und Wohnung des Absenders) noch weitere 5 Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen, handschriftlich hinzugefügt werden. Zulässige Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Fügungen „endet“, „Ihre“, „Dein Freund“, „endet Dir“, „endet mit besten Grüßen Ihre“ u. m. Die Gebühr für solche Pfingstkarten beträgt sowohl im Ortsbereich des Aufgaborts als auch im innerdeutschen Fernverkehr sowie im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Lauenburg und Ostpreußen für einfache Karten (ohne Umschlag) 3 Pf. und für Karten in offenem Umschlag bis 20 g 4 Pf.

* Verbandstag des Verbandes Deutscher Kapitane und Schiffs-offiziere. In Hamburg hielt der Verband Deutscher Kapitane und Schiffs-offiziere am 26. Mai seinen diesjährigen Verbandstag ab. Der vollbesetzte Versammlungssaal ließ erkennen, daß es um mehr ging als nur um die nächsten Zahlen des von vielerlei Arbeit gezeigten Jahresberichtes und der trotz Arbeitslosigkeit und schwieriger Wirtschaftslage in der Seeschifffahrt noch befriedigenden Abrechnung für 1932 oder des vorliegenden Haushaltsplanes für 1933. Wie der Vorsitzende des Verbandes, Kapitän Walfrey Freyer,

in seiner Eröffnungsrede ausführte, vollendet der Verband in diesem Jahre sein 50jähriges Bestehen. Schwere Kämpfe um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung seiner Mitglieder in der Handelsflotte mußte die Verbandsleitung führen, wiederholte Vernichtungsurteile seitens verständnisloser wirtschaftlicher und eigenmächtiger politischer, besonders kommunistischer Gegner mußte die gesamte Mitgliedschaft abwehren. Unter allen Schicksalsschlägen wurde das Gelingen des Verbandes nur härter, und nichts vermochte seine Entwicklung aufzuhalten. Im fünfzigsten Jahre seines Bestehens, so konnte der Vorsitzende feststellen, erleben die Mitglieder die Genugtuung, daß ihr Verband nach dem Willen der nationalsozialistischen Reichsführung jetzt die Gesamtheit der deutschen Kapitane und Schiffs-offiziere in sich vereint. Nachdem dies zielbewußt verfolgte Ziel nun endlich erreicht ist, wird der Verband zum 1. Juli, zusammen mit der Gesamtheit der Arbeitsgemeinschaft seemannischer Berufsverbände, bestehend aus Vollen, Schiffsingenieuren, Verwaltungsbeamten und Funk-offizieren, in den einheitlichen „Verband seemannischer Angestellter“ der nationalsozialistischen Angestelltenchaft aufgehen, zu dessen kommissarischem Vorsitzenden auch Kapitän Freyer bestellt ist. So hat der Verband deutscher Kapitane und Schiffs-offiziere sich in 50 langen Jahren durchgekämpft zu der höheren Aufgabe, in die geschlossene Arbeitsfront des Führers Adolf Hitler einzutreten zum Weiterkampf um die Wiederbelebung der deutschen Seeschifffahrt, die auch von der politischen Freiheit des deutschen Volkes und von der Gesundung der deutschen Volkswirtschaft abhängt. Deshalb wurde diese Tagung diesmal der letzte eigene Verbandstag des in der ganzen Schiffsflotte weltbekannten Verbandes und damit ein Wendepunkt von geschichtlicher Bedeutung für die Kapitane und Schiffs-offiziere, denn dieser Beruf wird sich nun aus seinem bisherigen Eigenleben in die Gemeinschaftsarbeit mit dem ganzen deutschen Volk eingliedern. Davon erwarten 16000 stellunglos gewordene ältere und ganz junge Schiffs-offiziere endlich wieder Arbeit. Die Berichterstatter vervollständigten das auch photographisch aufgenommenen Bild dieses denkwürdigen letzten Verbandstages durch die Feststellung, daß der Verband in den letzten 10 Jahren aus den Erfolgen seines Rechtskämpfes, an Sterbegeldern, Unterstützungen und Guthabenzinsen 900 000 RM an die Mitglieder oder ihre Hinterbliebenen ausgezahlt hat. Ein auch zahlenmäßiger Beweis, daß die Kapitane und Schiffs-offiziere unserer Handelsflotte als ein Umfang zwar kleine, an Arbeitskraft und Hilfsbereitschaft aber erprobte Truppe in die deutsche Arbeitsfront eintraten.

* Mehrleistungen in der Kriegsoffizier-Verordnung. Wie uns die beiden großen in der „Nationalsozialistischen deutschen Kriegsoffizier-Verordnung“ vereinigten Verbände, der NS-Reichsverband der deutschen Kriegsoffiziere und der Stützpunktverband der Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebenen, mitteilen, hat der Herr Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsfinanzminister einige bedeutsame Milderungen in der Verordnung der Kriegsoffizierschädigten und Kriegshinterbliebenen erlassen. Diese Milderungen sind geeignet, denjenigen Kriegsoffizierschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht unwesentliche Erleichterungen zu verschaffen, die trotz ihrer Zugehörigkeit zu den Kreisen der Kriegsoffiziere durch die Notverordnungen und andere Bestimmungen aus der Versorgung ausgeschlossen waren. Z. B. sind die Versorgungsämter ermächtigt, Beschädigten, die die Antragsfrist auf Versorgung veräumt haben, im Wege des Härteausgleichs ohne Prüfung des Bedürfnisses eine Versorgung vom Bewilligungsmonat ab zu gewähren, wenn es sich um unmittelbare oder mittelbare Folgen einer Kriegsverwundung handelt. Dadurch ist allen im Weltkriege verwundeten Kriegsteilnehmern die Möglichkeit gegeben, auch jetzt noch Anträge auf Versorgung zu stellen. Dem gleichen Personentypus kann jetzt wieder Versorgung gewährt werden, wenn sie zwar früher eine Versorgung erhielten, aber in der Inflationszeit abgelehnt worden sind oder am 31. Juli 1930 eine Rente nicht bezogen. Auch diesen Kriegsoffizierschädigten kann ohne Prüfung des Bedürfnisses beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Rente im Wege des Rannanspruches vom Bewilligungsmonat ab gewährt werden. — Bedürftigen Kriegsersten kann, insbesondere wenn der einzige Sohn oder mehrere Söhne an den Folgen einer Dienstbeschädigung gestorben sind, an Stelle einmaliger Unterstützungen auf Antrag frühzeitig vom Bewilligungsmonat ab eine laufende Unterstützung bis zum Höchstbetrage von monatlich 20 RM für ein Ehepaar und 12 RM für einen Einzelteil gewährt werden. — Einmalige Unterstützungsbeträge können erwerbsunfähigen Beschädigten mit einer Rente von 30 und 40 Prozent in Höhe von 30 RM und für jedes Kind 10 RM gewährt werden, wenn sie aus anderen Gründen völlig erwerbsunfähig sind. — Schließlich hat der Herr Reichsarbeitsminister verfügt, daß Kriegsoffizierschädigte die Heilbehandlung nach dem Reichsversorgungsgesetz erhalten, bis auf weiteres eine Rezeptgebühr in Höhe von nur 25 Reichspfennig zu zahlen haben. Damit hat die Reichsregierung einen Teil der ihr vor einiger Zeit von der nationalen Kampfgemeinschaft der deutschen Kriegsoffizierverbände vorgetragenen Wünsche erfüllt und erneut bewiesen, wie sehr ihr die Nothe der Kriegsoffiziere am Herzen liegen.

* Oldenburg. Auf der Generalversammlung des Pächterbundes Oldenburg (Landesverband) wurde zur

Sie kommen! Sie kommen!

Sie sind auf dem Marsche, die ewig hilfsbereiten nützlichen Hausgeister von Kaiser's Kaffe-Geschäft. Wer sich das heutige Kaiser's Anrecht anheißt, weiß schon, was diese freundlichen kleinen Kaffee-Gesellen wollen. Ihre nicht-öffentliche Tätigkeit hinter der pflichtigen Fassade gilt natürlich den Rüdchen der Frau und partien vertretenden Hausfrauen. Nicht zufällig ist Kaiser's Kaffeekanne zum bekanntesten Rohr- und Wertgegenstand für Küche und Kaffeezimmer geworden. Auch jetzt zu Pfingsten hat man wieder die vorteilhafteste Gelegenheit, den Haushalt sozusagen fettersfertig zu machen; denn in Kaiser's Kaffe-Geschäft findet die Hausfrau wie immer alles, was sie braucht zum Baden, Essen und Trinken: Kaffee, Tee, Kakao, Malzsaft, Schokolade, Süßigkeiten, Mehl und alle Backzutaten. Sehen Sie sich die fertig vorbereiteten Pfingstfrühe im heutigen Anrecht an. Auf ihr steht das nützliche Sprüchlein, mit dem die kluge Hausfrau zu Kaiser's Kaffe-Geschäft geht: „Alles für Pfingsten billig und gut!“



Vorstandswahl der Vorschlag gemacht, den Landtags-abgeordneten Landwirt Bernh. Meentzen in Havendorfer-berg zum ersten Vorsitzenden zu wählen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Zum zweiten Vorsitzenden wurde der bisherige erste Vorsitzende, Landwirt Fr. Wieting in Frieschenmoor, gewählt, während die Geschäftsführung weiter in den Händen von G. Gollenstede-Varbensteth verbleibt. Jenebeine Gleichhaltung im Vorstand wie im Ausschuss kam nicht in Frage, da deren sämtliche Mitglieder langjährige Nationalsozialisten sind. Infolge der Verwaltungsreform wurden die einzelnen Bezirks-verbände den Bezirken der Pachteinigungsämter angegliedert, so daß also der Bezirk eines Pachteinigungsamtes gleich ist dem Bezirk des Pächterbundes. Den Vertrauensleuten der Gemeinden verbleibt vorläufig der bisherige Kreis der Mitglieder. Herr Weidhiller-Zelemermarck schilderte in ausführlicher Weise seinen der Regierung unterbreiteten Siedlungsplan. Allgemein ist man der Ansicht, daß dieser Siedlungsplan den einzigen Weg zeigt, wieder geordnete Pachterverhältnisse zu bekommen und sowohl Pächter als Landwirte zu bodenfähigen deutschen Bauern zu machen. Zum Schluß wurden sämtliche anwesenden Pächter, soweit sie ein Interesse an einer Siedlung haben, aufgefordert, sich alsbald an das Siedlungsamt zu wenden, damit zu Mai 1934 nicht wieder beartete verödete Verhältnisse im Pachtwesen eintreten, wie man es kürzlich erlebte.

* **Oldenburg**, 30. Mai 1933. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zucht- u. Nutzviehmarkt. Umsatz: 115 Stück Großvieh, darunter 17 Kühe. Es kosteten:

hochtragende Kühe	1. Qualität	330—350 RM
"	2. Qualität	270—320 "
"	3. Qualität	210—260 "
"	2. Qualität	180—260 "
gütige Kühe und Weidetiere		100—200 "
Zuchtkühe (bis 14 Tage alt)		10—20 "

Ausgesuchte Tiere vereinzelt über Notiz.
Marktverlauf: Ruhig.

* **Oldenburg**. Vorficht im Handel mit unbekanntem Käufer! Auf dem Oktoberpferdmarkt zu Oldenburg im Jahre 1931 verkaufte ein Landwirt aus Neuenburg an einem Unbekannten ein Arbeitspferd für 280 RM. Es wurde dabei ausgemacht, daß dieser Betrag bar zu entrichten sei. Zum Zwecke der Auszahlung begab man sich in ein Schautzelt. Hier eröffnete der Käufer, der später als ein mit einem Wohnwagen umherziehender Händler Diedrich Dopmann aus Oberbinde festgestellt wurde, daß es ihm nicht möglich sei, die versprochene Barzahlung zu leisten, da er kein Bargeld für ein soeben gekauftes anderes Pferd vorausgeschickt habe. Der Verkäufer, der des Geldes zu dem Kauf eines weiteren Pferdes benötigte, erklärte,

daß er unter diesen Umständen den Kauf als nicht gesehen betrachten müsse, gewahrte aber, daß inzwischen das verkaufte Pferd bereits verschwunden war. Der Käufer muß also zweifellos einen Helfershelfer gehabt haben. Nun hielt der Landwirt es für geboten, wenigstens den ihm in Aussicht gestellten Wechsel anzunehmen. Dieser war mit „Dopmann“ unterzeichnet, hatte aber, da er der Form nicht genügte, unfürsorgliche, wie der Landwirt von einem Auktionator bernaht erfahren mußte. Er bemühte sich, über die Persönlichkeit des D. und dessen Wohnsitz Auskunft zu erhalten. Es wurde ihm mitgeteilt, daß D. häufig als Pferdewärter als Händler aufkaufe und jedenfalls auch auf dem bevorstehenden Markt in Zetel erscheinen werde. Als der Landwirt mit seinem Bruder den Zetelmarkt besuchte, um D. abzufassen, erblickten beide bald das verkaufte Tier, und der Landwirt erkannte in dem Verkäufer den Angeklagten sofort wieder. Um wieder gegen Herausgabe des Wechsels in den Besitz seines Pferdes zu kommen, hielt er sich zurück und der Bruder fing mit D. an, um das Tier zu handeln, da er sich als Besitzer des Pferdes ausgab. Es wurde ein Kaufpreis von 300 RM ausgemacht. Zur Regelung des abgeschlossenen Kaufes begaben sich auch hier Verkäufer und Vermittler in eine Wirtshaft, wo der Landwirt sie erwartete. Dieser reichte D. den Wechsel hin und wollte ihm die fehlenden 20 RM in bar dazu zahlen. Nun erklärte D., das soeben gelaufene Pferd gehöre ihm nicht, er habe den Verkauf für einen Anderen vermittelt. Auffälligerweise war auch hier das Pferd wieder verschwunden, als der Landwirt mit seinem Bruder seinen früheren Standort aufsuchte. Nach erfolgter Anzeige zahlte D. in unregelmäßigen Raten 90 RM an den Landwirt. Er wurde aber verhaftet und hatte sich wegen Betruges zu verantworten. Er suchte sich herauszubeden und verwies namentlich auf die Notlage, in der er sich befunden habe. Der Anlagevertreter erblickt in dem ganzen Verhalten des D. einen gut vorbereiteten Betrug und beantragt eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Er ist mit Bewährung von Strafschub einverstanden unter der Bedingung, daß der Angeklagte den Schaden begleicht. Das Gericht bemittelt das Urteil auf 3 Monate Gefängnis, entläßt den Angeklagten aus der Haft und schließt sich hinsichtlich der Auslegung der Strafe den Ausführungen des Amtsanwalts an.

* **Rüstringen**. Zum ersten Male seit Bestehen der Stadt bekommt Rüstringen, die Arbeiterwohnstadt, eine nationale Mehrheit. Ja, der Stadtrat setzt sich nur aus den beiden Parteien, Nationalsozialisten und Deutsch-nationalen, zusammen. Die Kommunisten sind bekanntlich seit dem 21. März ausgeschaltet, bei der jetzigen Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen haben die Sozial-

demokraten verzichtet, da sie wohl keine Kandidaten für ein marxistisches Amt bekommen haben. Von den 26 Mitgliedern des Rüstringer Stadtrats stellen die Nationalsozialisten allein 20, während die übrigen sechs auf Deutsch-nationalen entfallen. Die sieben Nationalsozialisten verteilen sich auf sechs Nationalsozialisten und einen Deutsch-nationalen. In der ersten Sitzung des neuen Stadtrates wird die neue Magistrat gebildet. Wahrscheinlich wird dann auch die Oberbürgermeisterterge gelöst, damit die kommissarische Bezeichnung in eine endgültige umgewandelt wird.

* **Leer**. Um den freigebliebenen Posten des Vizepräsidenten des hiesigen Viehmarktes, der vor kurzem öffentlich ausgeschrieben wurde, haben sich 52 Personen beworben. Unter den Bewerbern finden sich Tierärzte, Zuchtinspektoren, Diplom-Landwirte, Diplom-Vollwirte, Verwaltungsbeamte, ehem. Offiziere, Kaufleute u. a.

* **Thale**. In schwererem Zustand wurde an der Rapp-Vode ein junges Mädchen von zwei Wanderern aufgefunden. Die Verunglückte war zu Fuß nach Dornbachhaus gegangen und wollte an der Vode entlang die Treteburg nach Thale zurück. Auf dem unbekanntem Wege ist sie ausgerollt und ins Wasser gefallen. Die letzter Kraft hat sie sich noch aus Her ziehen können und ist dann bewußtlos zusammengebrochen. Infolge einer schweren Anleiherelung war sie nicht imstande, sich loszubewegen. Ihre Hilferufe wurden nicht gehört. Zwei Tage später wurde sie von den Wanderern gefunden.

* **Göttingen**. Die Göttinger Strafkammer verurteilt den Kaufmann Grube aus Elze wegen Anzeigenschwindel zu neun Monaten Gefängnis. Grube hatte in Northeim und verschiedenen anderen Orten Südbannovers Anzeigen für einen Autobusfahrplan erworben, wobei er besondere Gaswirte aufsuchte und ihnen erzählte, daß neue Autobuslinien eingerichtet würden, von denen eine auch an den betreffenden Wirtschaft vorbeiziehen solle. Hieraus war ihm ein Reiches, Anzeigen für den angebliehen neuen Fahrplan zu erhalten und meist auch noch eine Bezahlung zu erlangen.

Denk an die
„Stiftung für Opfer der Arbeit“
Einzahlungen an die Reichskreditgenossenschaft A.-G., Berlin W. 8, Behrensstr. 21, sowie auf deren Reichsbankgironummer und deren Postcheckkonto Berlin W. 1 unter Angabe der Kontobezeichnung „Stiftung für Opfer der Arbeit“

Amt und Amtsvorstand Wesermarsch
Brake i. D., den 27. Mai 1933
Betrifft:

Anträge auf Genehmigung von Tanzlustbarkeiten

Genehmigungen zur Abhaltung von Tanzlustbarkeiten werden im Amtsbezirk Wesermarsch nur vom Amte erteilt. Anträge können mündlich, schriftlich oder auch fernmündlich auf dem Amte in Brake oder auf den Sprechtagen des Amtes in Nordenham und Verne, sowie durch Vermittelung der Amtsbotenstellen gestellt werden.

Genehmigungen zu Tanzereien in Gaststuben, Klubzimmern, Veranden usw. werden grundsätzlich allgemein nicht erteilt.

Gelegenheitsstänze dürfen nur mit besonderen Genehmigungen in Einzelfällen veranstaltet werden.

Die Vergnügungssteuer ist vom Amtsvorstand wie folgt festgesetzt:

- a) für Volksbälle (Tanztränzen) Schluß 1 Uhr: Allgemein auf 10.— RM
- b) für Vereinsbälle — ohne Rücktritt auf die Größe der Säle und der veranstaltenden Vereine, ob öffentlich oder geschlossen —
auf 20.— RM bis 1 Uhr nachts
auf 25.— RM bis 2 Uhr nachts und
auf 30.— RM bis 3 Uhr nachts.

Daneben ist eine Genehmigungsgebühr zu zahlen, die beträgt bei Genehmigungen

bis 1 Uhr nachts	5.— RM
bis 2 Uhr nachts	7.— RM
bis 3 Uhr nachts	10.— RM

Die Vergnügungssteuer sowohl als die Genehmigungsgebühren sind bei Stellung der Anträge im Voraus zu bezahlen.

Polizeistundenverlängerungen werden nachträglich nicht mehr erteilt.

Die Vergnügungssteuer für Tanzdielen, Kabarets, Tanzereien in Strandbädern, für Gelegenheitsstänze, Marktstände, Kinovorführungen und sonstige besondere Veranstaltungen werden auf Antrag von Fall zu Fall vom Amtsvorstand besonders vereinbart und festgesetzt.

Sämtliche Abmachungen und Steuerfestsetzungen der bisherigen Amtsvorstände hinsichtlich der Tanzereien usw. treten außer Kraft und sind von neuem zu beantragen.

M i d d e n d o r f

Stadtratsitzung
Freitag, den 2. Juni 1933, 19 1/2 Uhr,
in der Berufsschule
Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung der Stadtratsmitglieder.
2. Wahlen.

Empfehle zu Pfingsten
prima
Kalbfleisch
Pfund 60 bis 80 Pfg.

prima
Schweinefleisch
Pfund 70 bis 80 Pfg.

KRUSE, Steinstr. 37

Schöner weißer
Kindewagen
preiswert zu verkaufen

Bahnhofstraße 27, Friß Haferkamp

Zündapp-Motorrad

neuwertig, mit allen
Sichtanen, billig zu verkaufen
Sohnann Gebken, Tel. 375

Motorboot „Else“

fährt am 1. Pfingsttag
nach Farge

Abfahrt ab Kaj. 2 1/2 Uhr,
Rückfahrt von Farge 7 Uhr.
Fahrpreis hin und zurück
50 Pfg., Kinder die Hälfte.

GEISLERS HOTEL

Empfehle zu den Pfingstfeiertagen
Mittag- und Abendessen
von 1.50 RM an

ff Weine, Schoppenweine (Schorle Morle)
Haake-Beck-Pfingsbräu
Echt Pilsener Grenzquell

Sonnabend Konzert=Diele

(R. Piller)

Echt Ungarischen Gulash

Inserieren bringt Gewinn!

Ansichtskarten von Elsfließ

100 Stück RM 1.—

1000 Stück RM 16.—

fortiert
So lange Vorrat reicht

Ausverkauf Kunkel

„Lindenhof“

Am 1. Pfingsttag ab 4 Uhr
Kaffee-Konzert
Ab 8 Uhr
Unterhaltungsmusik
(Robert Willers-Duo)

Am 2. Pfingsttag
Großer Ball
Anfang 7 Uhr Flotte Musik

Es ladet höflichst ein **Georg Kuhlmann**

KAISER'S KAFFEE GESCHAFT

liefert aus eigenen Fabriken in bester
Qualität zu niedrigsten Preisen:

Kaffee, Malzkaffee, Tee, Kakao, Schokoladen, Pralinen, Bonbons, Erfrischungswaffeln, Keks sowie viele Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft.